

Anlage 1 zur Vorlage 13/2331

Finanzen

BERATUNG • PRÜFUNG • SERVICE



Finanzen

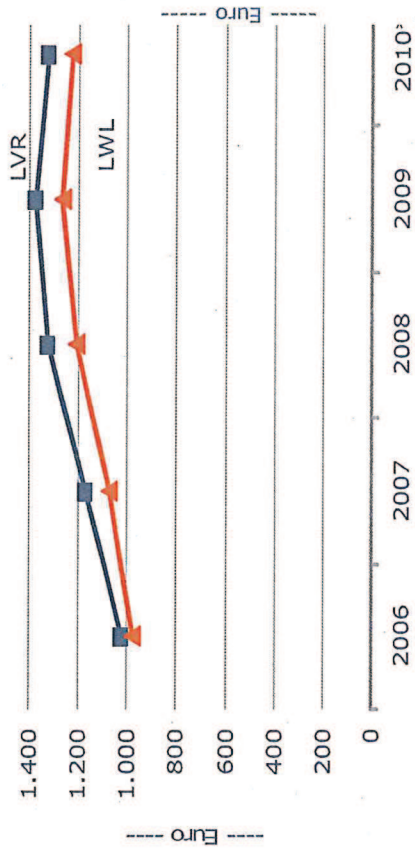
Prüfungsumfang

- Darstellung und Analyse der haushaltswirtschaftlichen Situation (Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage) unter Berücksichtigung von
 - **Bilanzpolitik, Bewertungsspielräumen**
 - **Sonder- / Einmaleffekten**
 - **Vermögenslage**
 - **zukünftigen Ergebnisbelastungen**
- NKF-Kennzahlenset
=> Berücksichtigung Besonderheit der Umlagefinanzierung
- Rechtmäßigkeit der Haushaltswirtschaft
- Stand der Vorbereitungen zum ersten Gesamtabchluss

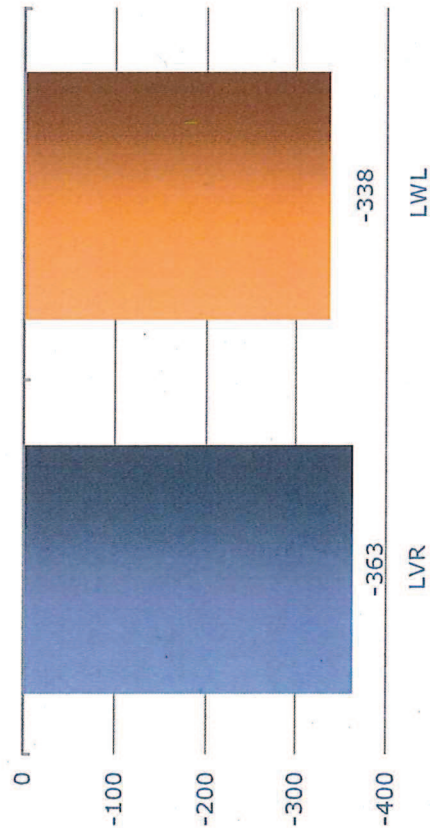
Haushaltswirtschaft und Rahmenbedingungen

- Umlagegrundlagen geprägt durch die noch gute gesamtwirtschaftliche Situation in den Referenzperioden
- LVR-Mitgliedskörperschaften deutlich höhere Steuerkraftmesszahlen und dadurch höhere Umlagegrundlagen (→ geringere Schlüsselzuweisungen)
- Trotz höherer Finanzkraft planen LVR-Kommunen höhere Jahresfehlbeträge (insbesondere die kreisfreien Städte)
- Bei Realisierung der Plandaten 6,2 Mrd. Euro Eigenkapitalverzehr in NRW

Umlagegrundlagen je Einwohner



Kumulierte Jahresergebnisse 2010 (Plan) je Einwohner der der Mitgliedskörperschaften und kreisangehörigen Kommunen



*) auf Basis der Einwohnerzahl des Jahres 2009

Haushaltswirtschaft und Rahmenbedingungen

- 2007, 2008 positive Ergebnisse trotz Hebesatzabsenkung
- 2009, 2010 fiktive Ausgleiche
- 2008 und 2009 Auswirkungen WestLB i. H. v. 273 Mio. Euro
- 2010 bis 2014 Verzicht auf auskömmliche Landschaftsumlage
- → 2014 kein fiktiver Ausgleich mehr vorgesehen
- → freiwillige Konsolidierung, aber z. T. Anpassung an veränderte Planungsgrundlagen
- Keine signifikanten Risiken aus Vermögenslage, gute Finanzlage/Liquidität (aber weitere Zahlungsverpflichtungen), geringe Verbindlichkeiten
- Ertragslage: Höhere Umlagequote, geringere Zuwendungsquote als LWL (höhere Finanzkraft der Mitgliedskörperschaften)
- Verlust von Selbstfinanzierungskraft durch nicht auskömmliche Umlage bei steigenden Sozialtransferaufwendungen

Risiken

- Mitfinanzierung der Kliniken durch Trägerzuschüsse (Investitionsstau)
- Kreditbedarfe (steigende Zinslast) für laufende Tätigkeit und Investitionen durch Verzicht auf auskömmliche Landschaftsumlage
- Weitere Mittelabflüsse für WestLB (Phoenix-Rettungsschirm)
- Trotz Konsolidierungsmaßnahmen weiter steigende Belastung durch Sozialtransferaufwendungen
- Ausgleich zukünftiger Haushalte nur durch weitere Konsolidierung und Anhebung der Landschaftsumlage auf ein auskömmliches Niveau

Innere Verwaltung

Prüfungsumfang

Finanzbuchhaltung

- Zahlungsabwicklung
- Vollstreckung

Personalmanagement

- Bezüge- und Entgeltabrechnung
- Kindergeldsachbearbeitung
- Personalbetreuung
- Personalentwicklung
- Ausbildung
- Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

Interne Dienste

- Zentraler Einkauf
- Printdienstleistungen

Finanzbuchhaltung

Zahlungsabwicklung

- Leistungskennzahlen (z.B. Zahl der angenommenen Einzahlungen je Vollzeit-Stelle) über denen des LWL und über dem Benchmark der Kreise
- Hoher Automatisierungsgrad (ca. 98 Prozent) – weniger Personal
- Erfüllungsgrad 100 Prozent (LWL 98 Prozent - Mittelwert (MW) Kreise 92 Prozent).

Vollstreckung

- LVR mit Zentralem Außendienst, Zentraler Insolvenzstelle und Zentraler Stelle für Stundung, Niederschlagung, Erlass
- Höheres Stellenvolumen im Bereich der Vollstreckung des LVR – aber auch höhere Erträge
- Erfüllungsgrad 98 Prozent (LWL 88 Prozent – MW Kreise 68 Prozent)

Empfehlungen

- Einheitliche Erfassung der Fallzahlen und Volumina, um künftig Kennzahlen-
vergleiche durchführen zu können